



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

14. Dezember 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

dies ist die letzte Ausgabe des „Brief aus Berlin“ in diesem Jahr - die Weihnachtspause steht bevor! Zum Jahresendspurt diskutiert der Bundestag diese Woche u.a. die Situation des Euro, die Lage in Afghanistan, den Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten und Fragen von Religionsfreiheit.

Ich habe die Gelegenheit einmal genutzt, Bilanz über das erste Jahr der schwarz-gelben Bundesregierung zu ziehen - in meinem Podcast, der Ende Woche auf www.brigitte-zypries.de erscheint. Klicken Sie doch mal rein!

In Berlin haben mich dieses Jahr über 2.350 Bürgerinnen und Bürger aus Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg besucht - das ist Rekord! Es freut mich sehr, dass das Interesse an meiner Arbeit in Berlin anhält und vor allem Schülerinnen und Schüler das Parlament besuchen. Selbstverständlich sind Sie auch 2011 in Berlin herzlich willkommen. Mein Berliner Büro steht Ihnen mit Rat und Tat bei der Planung Ihrer Reise zur Seite.

Regelmäßig biete ich in Darmstadt Bürgersprechstunden an. Über 50 Bürgerinnen und Bürger mit den unterschiedlichsten Anliegen haben diese Gelegenheit 2010 genutzt. Die nächste Bürgersprechstunde ist am 29. Januar, Anmeldungen nimmt mein Darmstädter Büro entgegen!

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie eine besinnliche Adventszeit und fröhliche Weihnachten. Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen vor allem gute Gesundheit und viele schöne Erlebnisse.

Euse / Ihre Brigitta Zypries

Aufgepasst

Umleitung wird bezahlt!

Vielleicht hat es der ein oder andere schon einmal erlebt: Eigentlich wollten Sie mich in Darmstadt erreichen, sind aber plötzlich in Berlin gelandet. Die Technik macht's möglich: Ist eines meiner Büros nicht besetzt, leiten wir das Telefon um, um trotzdem für Sie erreichbar zu sein!

Aber keine Sorge: Die Mehrkosten der Verbindung nach Berlin oder gar auf ein Handy bezahlt derjenige, der die Umleitung einstellt - für Sie fallen keine Mehrkosten an!

Büro Darmstadt 06151/360 50 78
Büro Berlin 030/227 74099



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel](#)/Burkhard Trautsch (S. 3)

Meine Arbeit im Justizariat der SPD-Bundestagsfraktion: Strafbare Steuersünder, falsche Doktoren, verkehrtes Wahlrecht und längere Laufzeiten

In dieser Legislaturperiode habe ich das vielseitige Amt der Justiziarin der Fraktion übernommen. **Die Fragen, die an mich herangetragen werden, sind so bunt wie das Leben und die Politik.**

Hatten beispielsweise der CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg Mappus und sein FDP-Wirtschaftsminister Goll Recht, als sie die **Steuersünder-CDs** aus der Schweiz nicht kaufen wollten? Ihre Begründung: „Wir machen uns möglicherweise strafbar.“ Das war allerdings ein schlechter Vorwand. Denn strafbar sind die Steuersünder, nicht die Strafverfolger. Das hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt und Hausdurchsuchungen auf der Grundlage solcher CDs für zulässig erachtet.

Was geschieht, wenn ein CDU-Kandidat in der Schweiz einen **Dokortitel** der Wirtschaftswissenschaften kauft, diesen Titel im Wahlkampf führt, mit ihm wirbt, das Direktmandat ganz knapp holt und ein halbes Jahr später die ganze Sache auffliegt? Muss die Wahl dann wegen Betrugs wiederholt werden? Leider nein. Denn die Einspruchsfrist beträgt zwei Monate. Danach kann nur der Bundestagspräsident Wahleinspruch einlegen und das war in dem Fall nicht geschehen. Das Wahlrecht achtet eben sehr auf die Stabilität des Wahlergebnisses und der danach gebildeten Regierung. Das darf das Wahlrecht. Es darf aber nicht den Wählerwillen in sein Gegenteil verkehren. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Sommer 2008 entschieden. Auslöser der Entscheidung war eine Nachwahl in Dresden zwei Wochen nach dem Wahltermin der Bundestagswahl 2005. Sie wurde erforderlich, weil die Kandidatin der NPD kurz vor der Wahl gestorben war. Damals stellte sich heraus, dass zu viele Zweitstimmen für die CDU in Dresden bundesweit zu einem Mandatsverlust für die CDU geführt hätten. Ursache für dieses Phänomen des **negativen Stimmgewichts** sind letztlich die Überhangmandate. Derzeit arbeite ich an einem besseren Wahlrecht für die nächste Bundestagswahl.

Aktuell bin mit der Vorbereitung der Klage gegen die **Verlängerung der Atomlaufzeiten** betraut. Wir werden Anfang nächsten Jahres gemeinsam mit der Grünen-Fraktion unseren Antrag beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Ich hoffe sehr, dass wir die Laufzeitenverlängerung stoppen können. Neben den nicht gelösten Entsorgungs- und Sicherheitsfragen behindert sie vor allem die notwendige rasche Umstellung auf erneuerbare Energien.



Kurz-Info

Neue Bahngewerkschaft EVG

Vor allem bei den Streiks der Bahn hat man in der Vergangenheit manchmal gestutzt: TRANSNET oder GDBA - wer vertritt denn nun die „Bahner“? In Zukunft ist das klar: Seit dem 1. Dezember gibt es nur noch eine Gewerkschaft, die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Durch die Fusion von TRANSNET und GDBA wurden alte ideologische Gräben zugeschüttet - die Eisenbahnerfamilie EVG ist nun rund 240.00 Mitglieder groß!

Auf ihrem Gründungskongress hat die EVG bereits eine solidarische Sozialpolitik gefordert und sich z.B. gegen Kopfpauschalen im Gesundheitssystem ausgesprochen!
Mehr unter www.evg-online.org.

Wie weiter in Afghanistan? - Diskussion in Darmstadt mit über 130 interessierten Bürgern

Anfang des kommenden Jahres muss der Deutsche Bundestag über die Verlängerung des Afghanistan-Mandats entscheiden. Die Diskussion des pro und contra hat bereits begonnen, auch in der SPD. **Zu der Frage „Wie soll es in Afghanistan weitergehen?“ haben wir letzten Mittwochabend im Darmstädter Karolinensaal diskutiert.** Auf dem Podium saßen die ehemalige Bundesentwicklungshilfeministerin Heidi Wiecek-Zeul, der Friedensforscher Bruno Schoch von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und Oliver Oswald, Oberleutnant der Reserve, der 2009 in Afghanistan stationiert war. **Wie sehr das Thema die Öffentlichkeit nach wie vor bewegt, sieht man daran, dass trotz starken Schneefalls über 130 Gäste gekommen waren.**

Um einen Eindruck über die Menschen vor Ort und die Lage in dem Land zu bekommen, haben die persönlichen Berichte von Oliver Oswald und Heidemarie Wiecek-Zeul sehr geholfen. **Ich finde, das Gefühl für unsere Verantwortung gegenüber den Menschen in Afghanistan wird vor allem dann deutlich, wenn man hört, was sich auch durch das deutsche Engagement schon alles getan hat und wie dankbar viele Menschen dem internationalen Einsatz dafür sind.**

Wir waren uns aber auch einig: Bevor sich ein Abzug der ausländischen Truppen realisieren lässt, muss die Lage in Afghanistan weiter stabilisiert werden und die afghanische Regierung beim Aufbau von eigenen Schutztruppen unterstützt werden. **Zur militärischen Intervention gehört dringend der Aufbau der staatlichen Strukturen wie Verwaltung, Polizei und Justiz zum Ziel hat.** Hier gibt es - leider noch immer - viel Nachholbedarf! Gleichzeitig gilt, dass sich der Westen - und damit auch Deutschland - seiner Verantwortung nicht entziehen darf. Er kann deshalb seine Truppen nicht sofort abziehen. Vor diesem Hintergrund werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Januar sehr sorgsam und gründlich abwägen, unter welchen Bedingungen sie das Mandat für die deutschen Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan verlängern. **Die SPD hat schon bei der letzten Mandatsverlängerung deutlich gemacht, dass die Bundesregierung einen überprüfbaren Fahrplan für den Abzug vorgelegen muss - daran halten wir fest!** Ich kann dem Verteidigungsminister nur raten, sich inhaltlich mit dem Einsatz in Afghanistan zu befassen und konkrete Vorschläge zu machen - schöne Bilder vom „Familienbesuch“ in Afghanistan helfen den Soldatinnen und Soldaten herzlich wenig!